

Im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit (BAG)

Corona-Krise: Analyse der Situation von älteren Menschen und von Menschen in Institutionen

Executive Summary
Zürich, 16. Juli 2021

Thomas von Stokar, Anna Vettori, Sabine Fries, Judith Trageser, Andrea von Dach



Impressum

Corona-Krise: Analyse der Situation von älteren Menschen und von Menschen in Institutionen

Executive Summary

Zürich, 16. Juli 2021

Corona_ältere_Menschen_Schlussbericht_Summary_DE_210706.docx

Auftraggeber

Bundesamt für Gesundheit (BAG),

vertreten durch Salome von Greyerz, Leiterin der Abteilung Gesundheitsstrategien

Autorinnen und Autoren

Thomas von Stokar, Anna Vettori, Sabine Fries, Judith Trageser, Andrea von Dach

INFRAS, Binzstrasse 23, 8045 Zürich

Tel. +41 44 205 95 95

info@infras.ch

Foto Titelseite: © Keystone-SDA/Alexandra Wey

Vertragsnummer	142003934
Laufzeit	August 2020 – Juli 2021
Datenerhebungsperiode	Oktober 2020 – Februar 2021
Leitung Forschungsprojekt beim BAG	Markus Weber, Stv. Leiter Fachstelle Forschung und Evaluation E + F
Meta-Evaluation	<p>Der vorliegende Bericht wurde vom BAG extern in Auftrag gegeben, um eine unabhängige und wissenschaftlich fundierte Antwort auf zentrale Fragen zu erhalten. Die Interpretation der Ergebnisse, die Schlussfolgerungen und allfällige Empfehlungen an das BAG und andere Akteure können somit von der Meinung, respektive dem Standpunkt des BAG abweichen.</p> <p>Der Entwurf des Berichts war Gegenstand einer Meta-Evaluation durch die Fachstelle Evaluation und Forschung des BAG. Die Meta-Evaluation (wissenschaftliche und ethische Qualitätskontrolle einer Studie) stützt sich auf die Qualitätsstandards der Schweizerischen Evaluationsgesellschaft (SEVAL-Standards). Das Ergebnis der Meta-Evaluation wurde den AutorInnen mitgeteilt und fand Berücksichtigung im vorliegenden Bericht.</p>
Bezug	<p>Bundesamt für Gesundheit, 3003 Bern Fachstelle Evaluation und Forschung (E+F), www.bag.admin.ch/evaluationsberichte</p>
Zitervorschlag	<p>INFRAS (2021): Corona-Krise: Analyse der Situation von älteren Menschen und von Menschen in Institutionen. Studie im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit. Zürich, 16.7.2021.</p>

Begleitgruppe

Bund, Kantone, Gemeinden

Lea von Wartburg, BAG
Virginie Masserey, BAG
Céline Gardiol, BAG
Daniel Albrecht, BAG
Christian Vogt, BAG
David Hess-Klein, BAG
Ueli Schmocker, Koordinierter Sanitätsdienst
Thomas Vollmer, BSV
Silvia Marti, GS-GDK
Christina Zweifel, Kanton AG
Nicole Hamori, Kanton ZH
Richard Züsli, Kanton AG / Pro Aidants
Gaby Szöllösy, SODK
Thomas Schuler, SODK
Claudia Hametner, Schweizerischer
Gewerbeverband

Leistungserbringer

Carlos Quinto, FMH
Christoph Bosshard, FMH
Stefan Berger, H+
Heike Geschwindner, H+
Markus Leser, CURAVIVA Schweiz
Tschoff Löw, INSOS Schweiz
Christian Streit, senesuisse
Patrick Imhof, Spitex Schweiz
Ralph Bürge, Association Spitex privé ASPS
Alexander Widmer, Pro Senectute /
IG Angehörigenbetreuung

Versicherer

Luca Petrini, Curafutura

Weitere

Sibylle Ackermann Birbaum, Schweizerische
Akademie der Medizinischen Wissenschaften
Lukas Bäumle, Schweizerischer Seniorenrat
Hildegard Hungerbühler, Schweizerisches Rotes
Kreuz
Theres Arnet-Vanoni, benevol Schweiz
Stefanie Becker, Alzheimer Schweiz
Petra Vayne-Bossert, Hôpitaux Universitaires
Genève
Renate Gurtner Vontobel, palliative ch
Andreas Widmer, Swissnoso
Roswitha Koch, SBK-ASI

Abstract

Die Ressortforschungsstudie «Corona-Krise: Analyse der Situation von älteren Menschen und von Menschen in Institutionen» im Auftrag des BAG soll – neben anderen Quellen - als eine zentrale Grundlage dienen zur Beantwortung der Postulate Gysi (20.3721) und Wehrli (20.3724). Der Bundesrat wurde beauftragt, die Situation älterer Menschen und der Alters-, Pflege- und Betreuungsinstitutionen während der Corona-Pandemie zu untersuchen. Mittels vier Online-Befragungen bei der älteren Bevölkerung (15'390 Befragte), Institutionsleitenden (962), Pflege- und Betreuungspersonal (5'139) und Angehörigen (3'849) untersucht die Studie, wie sich die Pandemie auf diese Gruppen ausgewirkt hat und welche Lehren daraus für eine zukünftige Pandemie gezogen werden können. Sie zeigt u.a. auf, dass ältere Menschen in den Alters- und Pflegeinstitutionen sowohl von den gesundheitlichen Folgen der Pandemie als auch von den ergriffenen Schutzmassnahmen stark betroffen waren. Anfänglich fehlte ausreichendes Schutz- und Testmaterial und Bewohnende litten unter strikten Besuchs- und Ausgangsverboten. Das Pflege- und Betreuungspersonal war stark gefordert und leistete wegen Personalknappheit Mehrarbeit. Im Hinblick auf eine zukünftige Pandemie sollten sichergestellt sein, dass das Wissen um unbeabsichtigte gesundheitliche und soziale Nebeneffekte der Schutzmassnahmen in die Entscheidungsprozesse einfließt und dass die verschiedenen betroffenen Gruppen nach Möglichkeit in die Prozesse zur Krisenbewältigung einbezogen werden. Es sollten im Vorfeld Konzepte entwickelt werden, wie die medizinische Grundversorgung in einer Krisensituation möglichst gut aufrechterhalten werden kann, wie Bewohnende in Alters-, Pflege- und Betreuungsinstitutionen risikobasiert, entsprechend ihrer individuellen Situation gut geschützt werden können und wie in Krisenzeiten ausreichendes Pflege- und Betreuungspersonal sichergestellt werden kann.

Schlüsselwörter

Corona, Covid-19, Pandemie, Auswirkungen, Lehren, Schutzmassnahmen, ältere Bevölkerung, Bewohnende, Personal, Alters- und Pflegeinstitutionen, Betreuungsinstitutionen.

Executive Summary

Mandat und Gegenstand

Ausgangslage

Die Corona-Pandemie fordert seit Februar 2020 die älteren Menschen und die Menschen in Alters- und Pflegeinstitutionen (API) sowie in Betreuungsinstitutionen (BI) heraus. Sie gelten als gefährdet, weil sie wegen Vorerkrankungen oder hohem Alter zur Risikogruppe zählen und somit ein erhöhtes Risiko aufweisen, an Covid-19 schwer zu erkranken. Auch wohnen sie in Institutionen nahe beisammen, was die Übertragung der Krankheit erleichtert und eine Eindämmung erschwert.

Nationalrätin Barbara Gysi und Nationalrat Laurent Wehrli haben am 18. Juni 2020 die beiden Postulate 20.3721 und 20.3724 eingereicht, mit denen der Bundesrat beauftragt wurde, die Situation älterer Menschen und die Herausforderungen für die Institutionen, die Spitex und deren Personal während der Covid-19-Krise zu untersuchen. Vor diesem Hintergrund hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) INFRAS beauftragt eine Ressortforschungsstudie zum Thema durchzuführen. Die Ergebnisse der Studie fliessen zudem in die laufende Evaluation des BAG zur Bewältigung der Covid-19-Krise ein.

Ziel und Fragestellung

Ziel der Studie ist es, – neben anderen Quellen - zentrale Grundlagen zur Beantwortung der beiden Postulate zu erarbeiten. Sie soll dabei zu verschiedenen Zielgruppen folgende Hauptfragen beantworten:

- **Ältere Bevölkerung generell:** Wie hat sich die Corona-Pandemie auf die Gesundheit und das Wohlbefinden älterer Personen ausgewirkt? Wie steht es mit den Generationenbeziehungen?
- **Bewohnende in API und BI:** Wie hat sich die Corona-Pandemie auf Bewohnende in API und BI ausgewirkt?
- **Institutionen:** Waren die Institutionen auf die Pandemie vorbereitet? Welche Schutzmassnahmen haben die Institutionen umgesetzt und wie wirksam waren sie? Wie gut waren vulnerable Gruppen versorgt? Wie wurden die Institutionen von den Behörden beaufsichtigt und unterstützt?
- **Personal:** Wie hat sich die Corona-Pandemie auf das Personal in diesen Institutionen und in der häuslichen Pflege ausgewirkt?

Die Studie soll schliesslich aufzeigen, welche Lehren sich aus der Corona-Pandemie ziehen lassen und was bei einer zukünftigen Pandemie verbessert werden kann.

Methodik und Grenzen der Untersuchung

Die Arbeiten an der Studie starteten im August 2020 und endeten im Juni 2021. Die Studie stützt sich auf verschiedene Untersuchungsmethoden: Im Zentrum standen vier Online-Befragungen. Diese wurden ergänzt durch 16 qualitative Interviews mit Vertretenden der Zielgruppen sowie Dokumenten- und Datenanalysen. Online-Befragungen wurden gewählt, um ein möglichst breites Bild zu erhalten, wie sich die Pandemie auf die verschiedenen Gruppen auswirkte. Die vier Online-Befragungen wurden schweizweit im Zeitraum vom 18. Dezember 2020 bis 8. Februar 2021 bei folgenden Gruppen durchgeführt:

- Breite Bevölkerung: repräsentative Befragung bei 15'390 Personen über 15 Jahre, geschichtet nach Alter, Geschlecht und Sprachregion,
- Angehörige von hilfsbedürftigen Personen (3'849 Befragte),
- Leitungen von Alters- und Pflegeinstitutionen sowie Betreuungsinstitutionen für Menschen mit Beeinträchtigungen oder psychischen Erkrankungen (962 Befragte),
- Pflege- und Betreuungspersonal in Institutionen und von Menschen zu Hause (5'139 Befragte).

Bei der Methodik ist auf zwei wichtige Einschränkungen hinzuweisen: Erstens wäre es wünschenswert gewesen, Bewohnende in den Institutionen direkt zu befragen. Angesichts der notwendigen Schutzvorkehrungen und der Überlastung der Institutionen und des Personals während der Pandemie war es fraglich, ob eigene Befragungen vor Ort oder mit Unterstützung des Personals umsetzbar gewesen wären. Dies insbesondere auch in nützlicher zeitlicher Frist. Nach Absprache mit der Auftraggeberin wurde deshalb auf eine Direktbefragung von Bewohnenden im Rahmen dieser Studie verzichtet. Aussagen zu den Wirkungen auf Bewohnende basieren somit v.a. auf indirekten Befragungen von Angehörigen, was nicht zwingend mit der Sichtweise der Bewohnenden selbst übereinstimmen muss. Zweitens wurde bei der Bevölkerungsbefragung zwar auch bei der älteren Bevölkerung über 65 Jahre ein guter Rücklauf erzielt. Die Befragung fand aber nur online statt, so dass vor allem die älteste Bevölkerungsgruppe über 80 Jahre schlechter erreicht wurde (Rücklauf von 24%, technische Barrieren).

Resultate

Ältere Bevölkerung generell

Ältere Menschen waren durch das Coronavirus zwischen Februar 2020 und Frühling 2021 gesundheitlich stärker gefährdet als jüngere. Auch die Schutzmassnahmen haben sich bei einem Teil der älteren Menschen negativ auf die Gesundheit ausgewirkt: Nach Selbsteinschätzung der im Januar 2021 befragten Bevölkerung sieht sich jeder fünfte ältere Mensch über 65 Jahre durch die Massnahmen in der psychischen Gesundheit und jeder zehnte in der körperlichen beeinträchtigt, in den meisten Fällen aufgrund von Stress, Angst, Einsamkeit und mangelnder Bewegung – ältere Frauen gemäss Eigenangabe etwas stärker als ältere Männer. Im Vergleich zu den jüngeren befragten Bevölkerungsgruppen bis 24 Jahren haben sich die Massnahmen gemäss Befragung bei den älteren (ab 65 Jahren) deutlich weniger negativ auf die Gesundheit ausgewirkt.

Die befragten älteren Menschen machen sich wegen der Corona-Pandemie aber mehr Sorgen als die jüngeren. Am meisten besorgt sind sie dabei vor allem wegen der wirtschaftlichen Belastung der jüngeren Generation. Gut ein Drittel (37%) der Gesamtbevölkerung – darunter vor allem die jüngste Altersgruppe von 15-24 Jahren – ist der Ansicht, dass sich die Generationensolidarität wegen der Pandemie verschlechtert hat. Demgegenüber erhielten zwei Drittel der Menschen über 80 Jahre während der Pandemie Hilfeleistungen von anderen Menschen.

Jede fünfte ältere befragte Person über 65 Jahren hat während der Pandemie auf einen Arzt- oder Spitalbesuch verzichtet oder Termine hinausgeschoben, vor allem während der ersten Welle im Frühling 2020. Bei älteren Menschen über 65 Jahren, die in Behandlung waren, äusserte jeder Sechste, dass er aus seiner Sicht nicht mehr optimal medizinisch versorgt und die Genesung erschwert oder verlangsamt wurde.

Bemerkenswert ist, dass sich Personen ab 80 Jahren weniger haben auf das Coronavirus testen lassen als die jüngeren, obwohl die Testungen während der ersten Welle primär den Risikopersonen vorbehalten waren. So liess sich nur rund jeder dritte Befragte über 80 Jahre bei den angezeigten Symptomen testen.

Hilfsbedürftige Menschen zuhause

Aussagen zur Situation der hilfsbedürftigen Menschen zuhause stützen sich auf die Befragung der Angehörigen und des Pflege- und Betreuungspersonals ab. Aus Sicht der Angehörigen (80%) waren die Kontakteinschränkungen zuhause während der Pandemie für die hilfsbedürftigen Menschen am schwersten zu ertragen. Gemäss Einschätzung des befragten Personals hätte ein Drittel trotz Ansteckungsrisiko lieber mehr Besuch empfangen, zwei Drittel nicht. Die Pflegeleistungen konnten laut Angehörigen weitgehend aufrechterhalten werden. Hingegen nahm

rund die Hälfte der Angehörigen Verschlechterungen bei den Betreuungsleistungen und der Versorgung mit individuellen Therapien wahr. Knapp die Hälfte der Angehörigen ist der Meinung, dass die hilfsbedürftige Person zuhause wegen der Pandemie physisch abgebaut oder psychische Beschwerden hatte.

Die grosse Mehrheit (80%) der Angehörigen ist zufrieden, wie die Pflege- und Betreuungsorganisationen mit der Pandemie umgegangen sind und wie sie die Wünsche der hilfsbedürftigen Menschen zuhause berücksichtigt haben.

Situation der Menschen in den Alters-, Pflege- und Betreuungsinstitutionen

Ältere Menschen über 70 Jahre waren von Covid-19-Todesfällen besonders stark betroffen, so auch Menschen in API. Die genaue Anzahl der Todesfälle von Menschen aus API ist jedoch nicht bekannt. Das BAG kann in der Statistik zu den Covid-19-Todesfällen erst seit Anfang Oktober 2020 API als Sterbeort ausweisen. Demzufolge ereigneten sich zwischen Anfang Oktober 2020 und Ende Februar 2021 49% der bestätigten Covid-19-Todesfälle in einer API (3'532 Fälle). Dabei müssen aber die Gestorbenen auf Covid-19 getestet und nicht zuvor in ein Spital verlegt worden sein. Der tatsächliche Anteil dürfte deshalb höher liegen. Zum Vergleich: In «normalen» Zeiten ohne Pandemie sterben im Mittel 43% in einer API.

Gemäss Befragung der Institutionsleitenden waren bis Ende 2020 im Durchschnitt 21% der Bewohnenden in den betreffenden API an Covid-19 erkrankt. In 14% der befragten API erkrankte über die Hälfte der Bewohnenden. Bei den befragten API starben bis Ende 2020 gemäss Angaben der Institutionsleitenden 2'616 Bewohnende in Zusammenhang mit Covid-19. Das sind 5.6% aller Bewohnenden in diesen API. Bei den befragten BI waren es 0.3%. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in einer API betrug im Jahr 2019 2.4 Jahre.

In der Gesamtbevölkerung waren bis zum 19. Februar 2021 gemäss gemeldeter Fälle 6.1% an Covid-19 erkrankt, allein bei den über 80-Jährigen waren es 8.7%, bei den 70-79-Jährigen 4.6%.

Vor allem in der ersten Welle setzten viele Institutionen auf strikte Besuchs- und Ausgangsverbote, weil einerseits die Kantone entsprechende Empfehlungen erliessen und andererseits zum damaligen Zeitpunkt grosse Unsicherheit herrschte über die epidemiologischen Übertragungsketten. Wie wirksam diese strikten Schutzmassnahmen waren, lässt sich mit den Daten aus dieser Untersuchung statistisch nicht nachweisen. Im Nachhinein wurden diese Massnahmen von den befragten Institutionsleitenden als wenig sinnvoll eingeschätzt. Stattdessen befürworten sie künftig risikobasierte Schutzmassnahmen und vermehrte Ausnahmen für bestimmte Situationen, z.B. in Sterbesituationen oder für Menschen mit Demenz oder kognitiven und psychischen Beeinträchtigungen.

Bereits in der zweiten Welle sahen die meisten Institutionen von strikten Besuchs- und Ausgangsverboten oder Schliessungen von Tagesstätten ab. Unterstützung boten dazu die Testungen, zu denen während der ersten Welle die Kapazitäten fehlten.

Angesichts der Pandemie mussten die Institutionen ihr Angebot teilweise stark einschränken. Gemäss Einschätzung der befragten Angehörigen waren die Bewohnenden wiederum v.a. bei der Betreuung und mit individuellen Therapien schlechter versorgt. Bei der Pflege nahmen hingegen nur wenige Angehörige (13%) eine Verschlechterung wahr.

Die grosse Mehrheit der Angehörigen brachte für die Schutzmassnahmen Verständnis auf. Vor allem das Besuchsverbot und die Isolation der Bewohnenden im Zimmer war für die Bewohnenden aus Sicht der Angehörigen am schwersten zu ertragen. Gemäss den Angehörigen litten ihre nahestehenden Personen in den API oft emotional und bauten wegen der Pandemiesituation oftmals auch körperlich oder kognitiv stärker ab. Menschen mit Demenz waren aus Sicht der Angehörigen zunehmend verwirrt oder verunsichert. Trotz dieser negativen gesundheitlichen Reaktionen schätzte die Mehrheit der Angehörigen, dass ihre nahestehende Person in der Institution lieber vor dem Virus geschützt war, als dass sie uneingeschränkt Besuch empfangen hätte oder ausgegangen wäre.

Angehörige von Verstorbenen äussern sich aber kritischer, wie die Institution mit der Pandemie umgegangen ist, auf Wünsche eingegangen ist und informiert hat. Die Einschätzungen bleiben aber auch bei dieser Gruppe von Angehörigen mehrheitlich positiv. Eine Mehrheit der befragten Angehörigen konnte aber ihre angehörige Person in der Institution nicht wie gewünscht im Sterbeprozess begleiten.

Situation der Angehörigen

Viele Angehörige von Menschen mit Unterstützungsbedarf zu Hause und in Institutionen belastete die Pandemie emotional und psychisch, insbesondere aufgrund der Kontaktverbote und -beschränkungen und aus Sorge um ihre Angehörigen. Die Angehörigen von Personen in Institutionen fühlten sich in der Regel von den Institutionsleitenden gut über die Schutzmassnahmen informiert. Aus ihrer Sicht können eine transparente Information, ein flexibles Handeln der Schutzmassnahmen und Möglichkeiten zur (Video-)telefonie die Situation für die Angehörigen stark erleichtern.

Bei Angehörigen von hilfsbedürftigen Menschen zu Hause führte die Pandemie bei mehr als der Hälfte zu mehr Betreuungsarbeit, v.a., weil Entlastungsangebote durch die Pandemie wegfielen.

Situation der Alters-, Pflege- und Betreuungsinstitutionen

Die Corona-Pandemie traf die Institutionen in vielerlei Hinsicht unvorbereitet. Insgesamt lagen die grössten Defizite zu Beginn der Pandemie beim fehlenden Schutzmaterial und beim fehlenden Wissen der Institution und des Personals im Umgang mit der Pandemie, insbesondere in Bezug auf Isolationsmassnahmen. Die Pandemie führte zu Personalengpässen, tieferen Bettenbelegungen und weniger Neuplatzierungen, was sich letztlich auf die Institutionen auch finanziell auswirkte.

Mit den Empfehlungen der Behörden (Bund, Kantone) und der Verbände zu den Schutzmassnahmen zeigten sich die Institutionen mehrheitlich zufrieden. Sie hätten sich aber unter den Behörden eine bessere Koordination, einheitlichere Massnahmen, eine frühzeitigere Information, einen stärkeren Einbezug und mehr Unterstützung bei Schutzmaterial, Personal und mobilen Diensten gewünscht. In Dilemmasituationen zwischen dem Schutz vor Ansteckung und Freiheitsbeschränkungen beispielsweise in Form von Besuchs- und Ausgangsverboten verfügte die Mehrheit der Institutionen über klare behördliche Vorgaben zu den Schutzmassnahmen, wenn diese nicht vorhanden waren, entschieden die Institutionen situativ.

Situation des Pflege- und Betreuungspersonals

Von den befragten Pflege- und Betreuungspersonen hatten sich bis Ende 2020 rund 20% mit Covid-19 infiziert. Abgesehen vom fehlenden Schutzmaterial und dem geschulten Umgang damit fühlte sich die grosse Mehrheit (85%) des Personals in den Institutionen und bei den Spitexorganisationen über das Virus und die notwendigen Schutzvorkehrungen gut informiert.

Die meisten der Befragten (76%) kamen zwar mit der Arbeitsbelastung während der Pandemie zurecht – auch dank der guten gegenseitigen Unterstützung in den Teams –, zwei Drittel der Befragten mussten aber Zusatzarbeit leisten, insbesondere in der Pflege, Betreuung und Koordination. Die Hälfte der Befragten sah die Qualität ihrer Arbeit beeinträchtigt, weil sie vor allem zu wenig auf die Bedürfnisse der Bewohnenden eingehen konnten. Im Hinblick auf zukünftige Krisensituationen wünschen sich die Befragten eine Aufstockung des Personals auf verschiedenen Qualifikationsstufen, mehr Ruhezeiten, Ansprechpersonen bei Überlastung und klarere Regeln im Umgang mit den Bewohnenden.

Lehren

Aus der Untersuchung lassen sich Lehren ziehen für eine ähnliche Pandemie in der Zukunft. Dabei ist nicht zu vergessen, dass eine zukünftige Pandemie auch ganz andere Merkmale aufweisen kann.

Gesundheitliche und soziale Nebeneffekte von Schutzmassnahmen

Die gesundheitlichen Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung haben sich bei einem substantiellen Teil der älteren (und jüngeren) Bevölkerung negativ auf ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden ausgewirkt. Bei einer zukünftigen Pandemie sollte sichergestellt sein, dass das Wissen um solche unbeabsichtigten Nebeneffekte in die Ausgestaltung der Massnahmen angemessen einfließt. Dazu sollen Bund und Kantone – im Rahmen der Möglichkeiten – ExpertInnen aus den Gesundheits-, Sozial- und Gesellschaftswissenschaften und Betroffene in die Entscheidungsfindungsprozesse enger einbeziehen.

Medizinische Grundversorgung in Krisenzeiten

Der Verzicht und die Verschiebung von Arztbesuchen und elektiven Eingriffen in Spitälern könnte dazu geführt haben, dass die medizinische Grundversorgung vor allem während der ersten Welle der Pandemie nicht mehr im erwünschten Mass gewährleistet war. Bund und Kantone sollten im Hinblick auf eine zukünftige Pandemie zusammen mit Vertretenden des Gesundheitswesens Konzepte und Strategien entwickeln, wie in einer Krisensituation die medizinische Grundversorgung und das Sicherheitsgefühl der PatientInnen bei Konsultationen möglichst gut aufrechterhalten werden können. Bei der Bewältigung der Krise sollten Vertretende aus verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens enger in die Prozesse eingebunden werden. Dies könnte auch sinnvoll sein, um Defizite bei der Umsetzung von wichtigen Massnahmen wie z.B. die Testhäufigkeit bei der älteren Bevölkerung verbessern zu können.

Versorgung von hilfsbedürftigen Menschen zuhause in Krisenzeiten

Gemäss Angehörigen waren Betreuungsleistungen und medizinische Therapien bei hilfsbedürftigen Menschen zuhause während der Pandemie nicht mehr gleichermassen gewährleistet. Angehörige mussten Mehrarbeit leisten und wünschten Entlastung. Bund, Kantone und Verbände sollten im Hinblick auf eine ähnliche zukünftige Pandemie Konzepte entwickeln, wie die Versorgung hilfsbedürftiger Menschen zuhause gut sichergestellt und Angehörige entlastet werden können.

Unterstützung der Alters-, Pflege- und Betreuungsinstitutionen

Ein hoher Anteil in Zusammenhang mit Covid-19 Verstorbenen lebte in Alters- und Pflegeeinrichtungen. Vor allem während der ersten Welle fehlte es in den Institutionen einerseits an wichtigem Schutz- und Testmaterial und andererseits an Wissen über Ansteckungen und Übertragungswege. In der Folge setzten viele Institutionen strikte Schutzmassnahmen mit Besuchs- und Ausgehverboten um, die für Bewohnende (und Angehörige) schwer zu ertragen waren und ihnen teils auch körperlich und psychisch zusetzten. Für zukünftig ähnliche Lagen sollten Bund,

Kantone und die Institutionen auf verschiedenen Ebenen Verbesserungen in folgenden Bereichen angehen:

- Verbesserung der Datenlage und zeitnahe Information über Ansteckungen, Hospitalisationen und Todesfälle in Institutionen.
- Untersuchung der Ansteckungswege in den Institutionen und Klärung, wie es zu den hohen Ansteckungsraten beim Personal kam, welche Rolle diese spielten und wie der Schutz bei einer zukünftigen Pandemie verbessert werden könnte.
- Sicherstellen von ausreichendem Schutz- und Testmaterial.
- Erarbeitung von Konzepten und Empfehlungen, die zeigen, wie Bewohnende in Institutionen nach Massgabe ihrer individuellen Risikosituation gut geschützt werden können, ohne dass sozial und gesundheitlich wichtige Kontakte zu stark eingeschränkt werden.
- Gute Koordination unter den Behörden, enger Einbezug der betreffenden Verbände bei der Ausgestaltung der Massnahmen und Unterstützung der Institutionen bei der Umsetzung (Empfehlungen, Beratung, Schulung, Kommunikation).
- Bessere Information von Bewohnenden und Angehörigen über den Nutzen von Patientenverfügungen, damit in den API möglichst viele (aktuelle) Patientenverfügungen vorliegen.
- Untersuchung der finanziellen Auswirkungen der Pandemie auf die Institutionen und Klärung, ob im Hinblick auf zukünftige Pandemien Regelungen im Umgang mit finanziellen Abgeltungen nötig sind.

Unterstützung des Pflege- und Betreuungspersonals

Die Pandemie hat das Pflege- und Betreuungspersonal stark belastet, es leistete Mehrarbeit, litt unter Personalknappheit und konnte aus seiner Sicht Bewohnenden und KlientInnen teils nicht mehr die gleiche Betreuung bieten. Bund, Kantone und Verbände sollten ein Konzept entwickeln, wie über das Problem des generellen Fachkräftemangels hinaus gerade in einer Pandemie ausreichendes Personal sichergestellt werden kann. Beispielsweise sollte bedacht werden, dass wie während der ersten Welle pensionierte Pflegekräfte schlecht rekrutiert werden können, weil die entsprechende Altersgruppe pauschal zur Risikogruppe eingestuft wurde.